



Dr. Volker Wissing
Generalsekretär der FDP



Sehr geehrter Herr Ionis,

haben Sie vielen Dank für die Übermittlung Ihrer Wahlprüfsteine anlässlich der Bundestagswahl 2021.

Wir freuen uns sehr über Ihr Interesse an den Positionen der Freien Demokraten und nehmen zu Ihren Fragen beziehungsweise Forderungen gerne Stellung.

Im Folgenden übermittle ich Ihnen im Namen der Freien Demokraten unsere Antworten:

Freiheit und Eigentum sind eng verbunden. Beide erfüllen auch wichtige ökologische und soziale Funktionen. Meinen Sie, dass die Personenbindung des Eigentums dessen verantwortungsvollen Gebrauch sichert oder bedarf es ergänzend der staatlichen Steuerung – wenn ja: mit welchen Instrumenten?

Als Freie Demokraten bekennen wir uns klar zum Privateigentum, das für uns auf das Engste mit der Führung eines eigenverantwortlichen Lebens und einer marktwirtschaftlichen Wirtschaftsordnung verbunden ist. Aber klar ist auch: Eigentum verpflichtet und unterliegt in der sozialen Marktwirtschaft zahlreichen Einschränkungen. Etwa, weil seine Nutzung Auswirkungen auf Dritte hat. Aufgrund seiner besonderen Bedeutung für die Freiheitsentfaltung der und des Einzelnen achten wir Freie Demokraten besonders darauf, den Kern des Privateigentums zu erhalten. Hierzu gehört auch das Recht, frei über sein Eigentum zu verfügen.

Der Garantie des Eigentums steht die Möglichkeit der Enteignung gegenüber. Es gibt Stimmen, die Enteignung als ein gewöhnliches Mittel der Marktgestaltung sehen und sich darum offen für Enteignung oder Vergesellschaftung aussprechen, etwa auch von Wohnraum oder Unternehmen. Was halten Sie davon?

Marktgestaltung mit dem Instrument der Enteignung beziehungsweise Vergesellschaftung lehnen wir ab. Die soziale Marktwirtschaft hat sich als unsere Wirtschaftsordnung bewährt. Eines ihrer Kernelemente ist das Privateigentum. Enteignungen müssen daher die Ausnahme bleiben und

dürfen nicht dazu genutzt werden, um Wirtschaftspolitik zu machen. Zudem ist der Staat nicht der bessere Unternehmer. Dies zeigt exemplarisch das Beispiel des Flughafens BER in Berlin. Grundlage für Forderungen nach Vergesellschaftung ist Artikel 15 des Grundgesetzes – ein Relikt der Nachkriegszeit – das immer wieder Grundlage für Diskussionen ist, bis heute aber kein einziges Mal angewendet wurde. Statt die Option zur Verstaatlichung zu aktivieren, sollten wir Artikel 15 ersatzlos streichen und damit einen gesetzgeberischen Beitrag zum sozialen Frieden leisten.

Die Frage nach der Verbindung von Eigentum und Verantwortung hat das Gesellschaftsrecht erreicht. Unter dem Schlagwort GmbH in gebundenem Vermögen wird über eine Rechtsform diskutiert, die keinen Eigentümer kennt und auf die Reinvestition von Gewinnen verpflichtet ist. Wie denken Sie darüber?

Wir Freie Demokraten sehen das Bedürfnis für eine rechtliche Gestaltungsoption, um unternehmerische Tätigkeit mit einem dauerhaften Verbleib der Gewinne im Unternehmen („Asset Lock“) zu verbinden. Wir wollen prüfen, welche Wege im Gesellschafts- oder Stiftungsrecht dafür sinnvoll erscheinen. Damit dürfen jedoch keine steuerrechtlichen Privilegierungen oder sonstigen Vorteile verbunden sein.

Ein großer Teil der Vermögen ist in Betrieben und Sachwerten gebunden. Wie stehen Sie zur steuerrechtlichen Idee der Einführung einer Vermögensteuer? Wie wollen Sie ggf. sicherstellen, dass die Substanz der Betriebe – wie vom Bundesverfassungsgericht 1995 gefordert – effektiv geschont wird?

Wir Freie Demokraten lehnen eine Vermögensabgabe ebenso ab wie die Wiederbelebung der Vermögensteuer. Die Wirtschaft ist Innovations- und Investitionstreiber Nummer 1 in Deutschland. Dies muss aktiv gefördert und nicht durch Liquiditätsentzug verhindert werden.

Eng verbunden mit dem Eigentum ist das Schenkungs- und Erbrecht. Die Freiheit, selbst zu entscheiden, wem zu Lebzeiten oder nach dem Tod Eigentum zugewandt soll, ist Anreiz, langfristig privates und unternehmerischer Vermögen aufzubauen. Wie verhalten Sie sich zum Schenkungs- und Erbrecht?

Die Freiheit, über das private Eigentum nach individuellen Vorstellungen verfügen zu können, ist durch die grundgesetzlich verankerte Eigentumsfreiheit in Art. 14 unseres Grundgesetzes gewährleistet. Wir

bekennen uns ausdrücklich zu der damit eingeräumten Möglichkeit, seine Vermögenswerte durch Schenkung- und Erbschaft weitergeben zu können.

Um Bürgerinnen und Bürger bei Steuern und Abgaben nachhaltig und deutlich zu entlasten sowie um die Unternehmen nicht durch Erbgänge oder eine Substanzbesteuerung zu gefährden, lehnen wir eine Verschärfung der Erbschaftsteuer oder die Wiedereinführung der Vermögensteuer ab.

Für viele Menschen ist selbstgenutztes Wohneigentum ein wichtiges Element der persönlichen Lebensgestaltung und der privaten Altersvorsorge. Wohneigentum ist allerdings sehr teuer geworden. Wie möchten Sie Neubau und Sanierung ankurbeln sowie die Kauf- und Kaufnebenkosten senken?

Das Bauland und somit auch der Wohnraum in unseren Städten wird knapper, die Mieten steigen immer weiter. Dagegen hilft vor allem: Mehr Flächen mobilisieren und mehr bauen. Enteignungen, Mietpreislöscher oder Mietendeckel sorgen letztlich für weniger Wohnraum. Auch der Traum vom Eigenheim rückt durch hohe Kosten für immer mehr Menschen in weite Ferne. Wir Freie Demokraten wollen dafür sorgen, dass Wohnen auch in Zukunft bezahlbar bleibt und sich der Traum vom Eigenheim für mehr Menschen erfüllen lässt.

Wir wollen die Bürgerinnen und Bürger beim Erwerb von selbst genutztem Wohneigentum entlasten. Dazu wollen wir bei der Grunderwerbsteuer einen Freibetrag von bis zu 500.000 Euro für natürliche Personen einführen. Der Freibetrag soll wiederauffüllbar sein, damit er bei einem Verkauf für einen neuen Erwerb wieder zur Verfügung steht. Dadurch erleichtern wir es den Menschen, ihren Traum vom eigenen Haus oder der eigenen Wohnung zu verwirklichen und zugleich für das Alter vorzusorgen.

Zudem hat sich unsere Bundestagsfraktion dafür eingesetzt, die Kaufnebenkosten zu senken, indem die Notar- und Gerichtskosten herabgesetzt werden, indem sie kurzfristig abgesenkt werden und sich in Standardfällen zukünftig nicht mehr am Wert der Immobilie, sondern am tatsächlichen Aufwand ausrichten (BT-Drucksache 19/30390).

Ferner wollen wir die Genehmigungsverfahren vor dem Bauen beschleunigen. Dazu wollen wir die Chancen des seriellen und modularen Bauens nutzen sowie ein digitales und teilautomatisiertes Baugenehmigungsverfahren entwickeln. Die Bauordnungen aller Länder müssen harmonisiert werden, sodass dort einheitliche Anforderungen an den modularen und seriellen Bau enthalten sind. Ferner muss die sogenannte Genehmigungsfiktion gesetzt werden: Wenn die Bauherrin oder der Bauherr


alle Unterlagen vorlegt und die Behörde nicht innerhalb eines bestimmten Zeitraums auf den Antrag reagiert, gilt er als genehmigt und die Bautätigkeit kann beginnen.

Darüber hinaus wollen wir ein Baulücken- und Potentialflächenkataster einführen. Auf dessen Grundlage können die Gemeinden mit angespannten Wohnungsmärkten konkrete Zeit- und Maßnahmenpläne zur Bebauung dieser Flächen entwickeln. Hindernisse bei der Wiederverwertung von Brachflächen sind konsequent zu beseitigen. Der Bund muss die Länder im Rahmen der Bauministerkonferenz außerdem zu einer Entbürokratisierung des Dachausbaus und der Dachaufstockung, etwa bei der Stellplatz- und Aufzugspflicht, anhalten und mittels der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) ein entsprechendes Förderprogramm auflegen.

Lassen Sie uns dazu auch nach der Bundestagswahl im Gespräch bleiben.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr



Dr. Volker Wissing
Generalsekretär

Freie Demokratische Partei
Hans-Dietrich-Genscher-Haus
Reinhardtstraße 14, 10117 Berlin

T: 030 284958-261
programm@fdp.de
www.fdp.de

Datenschutzhinweis: Die Freie Demokratische Partei (FDP) e.V. (Reinhardtstraße 14, 10117 Berlin, Tel: +49-30-2849580, info@fdp.de) verarbeitet Ihre personenbezogenen Daten zur Beantwortung Ihrer Fragen und, um mit Ihrem Verband bzw. Ihrer Organisation im inhaltlichen Austausch zu bleiben. Mehr Informationen zum Datenschutz, insbesondere zu Ihren Betroffenenrechten, finden Sie unter: <http://fdp.de/dsgvo-informationen>.

